

Kaukasische Post

341036740
34234101933

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Капозн. у.) № 25, Lokal des 3.-R.-S.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen:
die 3-mal gefaltene Kleinseite auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 70.

Tiflis, den 2. November 1918.

10. Jahrgang.

Aufforderung zum Bezug der „Kauf. Post“.

Die „Kaukasische Post“ wird von nun an dreimal wöchentlich (am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend) erscheinen. Die letzten durch den zusammengebrachten Druck bereits fast um die Hälfte ihres früheren Inhalts erweiterte Zeitung erfährt mithin auf's neue eine bedeutende Erweiterung. Ungeachtet dessen bleibt der Bezugspreis derselbe: 15 Rbl. für die beiden kommenden Monate — November und Dezember — d. h. bis zum Jahreschluss.

Wer ein Interesse an der „Kauf. Post“ hat, wird nicht ermangeln, sie umgeben zu bestellen.

Eine Ermäßigung des Bezugspreises, so sehr sie auch erwünscht wäre, kann leider unter den obwaltenden Verhältnissen nicht eintreten, wenigstens nicht eher, als bis die Betriebsziffer steigt, wozu beizutragen alle Freunde und Gönner unseres Organs hiernit auf's nachdrücklichste gebeten werden. Insbesondere ergeht unsere Bitte an die Herren Pastoren und Lehrer in den Kolonien, die ja in erster Linie berufen sind, Kultur zu fördern und mithin die sittliche Pflicht haben, auch den Betrieb unserer Zeitung nach Kräften zu unterstützen. Wollt Ihr Deutsche nicht nur heißen, sondern in Wirklichkeit sein, so laßt Euch in den Beziehungen zur „Kauf. Post“ von dem allgemeinen Interesse des Deutschthums im Kaukasus und nicht von persönlichen Erwägungen bestimmen und handelt zum Nutzen, nicht zum Schaden unserer aller guten Sache!

Wir bitten zugleich, die Verellungen anzuzugreifen, die in den Kolonien nicht zurückzuführen, sondern ebenfalls unverzüglich an die Geschäftsstelle der „K. P.“ abzuführen.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß der Einzelverkaufspreis (85 Kop. die Nummer) nicht herabgesetzt wird und daß es daher vorteilhafter ist, auf die Zeitung zu abonnieren, anstatt sie einzeln zu kaufen.

Der Deutsche Nationalrat
in Transkaukasien,
als Herausgeber der „K. P.“

Dr. med. A. Schahbasian

gew. Assistent an der kgl. Charité in Berlin, Frauenleiden, Geburtshilfe, Harn- u. Blasen- sowie Geschlechtskrankheiten der Frauen. Täglich 5—7 Uhr. Für venenrisch kranke Männer 7—8 Uhr abends.
Olinskaja 3. Wohn. 12. 5—5

Ärztliches Kabinett 3—3 von Dr. Constantin v. Irtel.

Spezialarzt für Harn-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis und chirurgische Krankheiten.
Ecke Michaelstrasse № 128 u. Krylowstr. № 1, 2-te Tür.
Sprechstunden von 9—12 und 5—7 abends.

Georgiens Scheidegruß.

Besser als jede andere Ehre, die das georgische Volk der abziehenden deutschen Wehrmacht hätte zuteil werden lassen können, ist die gerechte Beurteilung ihres Handelns und Wandelns im georgischen Lande, wie sie aus der georgischen Presse aller Parteifarben spricht. Ohne weitere Kommentare reden sie für die wahre Freundschaft, die zwischen dem einst so bebrängten Georgien und seinem Verleirer Deutschland im Laufe von nur wenigen Monaten dank der gegenseitigen Aufrichtigkeit und dem beiderseitigen ritterlichen Sinn herangereift ist und die hoffentlich auch bestehen bleiben wird, mag kommen was da wolle. Wahre Freunde erkennen man in der Not!

Wir lassen einzelne Presstimmen folgen: „Gruja“: „Deutschland stellt durch seine Bereitwilligkeit die Weismächte auf die Probe, ob es ihnen mit ihren Grundbesätzen ernst ist. Deutschland fürchtet die neuen Lebensbedingungen nicht; es wird im Völkerbunde denselben Ehrenplatz

einnehmen, den es in der Vergangenheit einnahm. Den Völkerbund fürchten Deutschlands Feinde mehr, als dieses ihn fürchtet. Den Westmächten graut vor der unermüdblichen Arbeit, dem hohen Schwünge und der Wertzeugung des deutschen Geistes, der nach dem Frieden in seiner ganzen Größe wieder da stehen wird. — Wenn die Westmächte glauben, sie kämen nach Berlin, so täuschen sie sich. Jetzt setzen sie ihre ganze Hoffnung auf die inneren Vorgänge. Sie denken, es werde in Deutschland so gehen, wie in Rußland. Aber im Gegensatz zu Rußland, gehen die Veränderungen in Deutschland in einer Lust vollen Verständnisses für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten vor sich und liefern deshalb ganz andere Ergebnisse als in Rußland. Wilsons Entwurf stimmt zu den Idealen des deutschen Volkes. Freiheit der Meere und des Handels ist gerade das, was Deutschland vom ersten Kriegstage an betont hat. Aber England kämpft gegen diese Freiheit. Ist Wilson aufrichtig, dann ist der Krieg bald zu Ende und zwar zugunsten Deutschlands. Waren Wilsons Worte nur Siegelgescheiterei, dann wird der deutsche Freiheitskampf genügt zur Fortsetzung des Krieges finden.“

„Sak. Sakme“. Den Entwurf Wilsons annehmen, heißt Amerikas Vortrang anerkennen. Das trifft auch für Georgien zu. Für uns hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker die größte Bedeutung. Diese Formel war und ist heute noch ein heiliges Wort, dem man jeden Sinn unterkriegen kann, je nach den Umständen. Nach Wilsonschen Grundbesätzen wäre also Georgien ein freier Staat. Wenn wir Georgiens Lage vom Weltstandpunkte betrachten, dann müssen wir einen großen Mitwirkenden in die Rechnung stellen: Deutschlands Schutz. Wir und Europa rechnen mit dieser Tatsache. Darum müssen wir unsere Beziehungen zu Deutschland recht klar stellen. Deutschland hat unser Land nicht unterdrückt, nicht befehligt. Es ist von uns gerufen worden in jener hohen Stunde, als von der Türkei Gefahr drohte. Diesen Dienst wird Georgien nie vergessen. Ohne Deutschland wäre Georgien heute eine türkische Außenprovinz. Die Hilfe Deutschlands ging nie über freundliche Beziehungen hinaus. Georgien hat sich von Anfang an für neutral erklärt und niemals feindliche Handlungen gegen Nachbarn unternommen. Die Wahrheit zwingt uns zu sagen, daß auch Deutschland nie den Wunsch geäußert hat, Georgien möge seine Neutralität aufgeben. Es hat sich nicht in unsere Politik gemischt. Deutschland kam als unser geladener Gast, und Europa muß diese Tatsache in diesem Lichte betrachten. Es kam weder uns, noch den Deutschen als Beweis angerechnet werden, daß Georgien auf diese Art vom Bolschewismus und den Türken gerettet wurde. Der Erhaltungstrieb zwingt jedes Volk zur Wahl solcher Mittel, die es vom Tode retten. So handelten wir. Bald wird Georgien vor Europa stehen als freies, selbstherrliches Volk, das um seine Freiheit gekämpft hat. Wenn die Selbstbestimmung der Völker einen Wert hat, dann muß dieser Grundbesatz zuerst auf Georgien angewendet werden.

Dasselbst (als bekannt wurde, daß ein Teil der deutschen Truppen abgezogen wird): „Eine Menschenmenge versammelten sich vor dem Stabsgebäude und zündete. Die Bande des „Schwarzen Hundert“ freut sich und verbirgt ihre Freude nicht. Aber worüber freut sie sich? Haben wir etwas gegen die Deutschen? Nein! Aber sie sagt offen, daß es mit der Unabhängigkeit Georgiens vorbei ist, wenn die Deutschen gehen. Der Abzug kann zwei Gründe haben: 1. Die Furcht abgezeichnet zu werden; 2. die Klümmung bester Gebiete. Das erste hängt von den Verhandlungen der Türkei mit England ab. Das zweite könnte nur dann zutreffen, wenn Georgien sich als bestes Land anseht. Das ist aber nicht der Fall. Deutschland kam als Freund und kann nur als Freund von uns scheiden. Georgien wird nicht untergehen. Wenn die Engländer kommen, können sie uns nichts anhaben, denn wir sind neutral. Jene, die im trüben Wasser fischen möchten, werden sich böse täuschen.“

„Vorja“ über den Abzug der Deutschen: „Die deutschen Soldaten haben ihre Pflicht gegenüber Georgien erfüllt. Fünf Monate lang haben sie unsere Grenzen geschützt und nichts gegen die Rechte Georgiens unternommen. Wir wissen, daß Deutschland seine Leute nach Kaukasien geschickt hat, um dabei auch eigene Vorteile zu haben.

Transkaukasien war für die deutschen Völkeroberer nur eine Vorstufe zu grenzenloser Machterweiterung, zur Welt Herrschaft. Aber in Politik und Geschichte werden die Folgen, nicht die Absichten beurteilt. So auch in diesem Falle. Mögen die deutschen Weltmächter hier neue Ausbeutungsfelder gesucht haben. Das macht aber nichts. Seht die Karte an, wo die deutschen Abteilungen standen. Wo sie standen ist Georgien, wo sie nicht standen ist die Türkei. Wo die Deutschen waren, konnte man ernten, wo die Türken waren, herrschte Tod und Verwüstung, Armut und Trauer. Die Deutschen gehen und hinter ihnen tönen die Freudenrufe jener, denen die deutsche Richtung nicht gefällt. Blinde! Vor dem Antlitz der allmächtigen Sozialdemokratie bezeugt das georgische Volk, daß Deutschland seine Pflichten gegen das kleine Georgien erfüllt, es vor dem Untergang und der türkischen Herrschaft gerettet hat.“

Inland.

Der Abzug der deutschen Truppen aus dem Kaukasus geht vor sich. Auf eine diesbezügliche Anfrage (General von Kref.) ob es nicht anginge, dem Ministere der georgischen Regierung und weiter streite der Bevölkerung Rechnung zu fragen und die Truppen in Georgien zu belassen, ist eine verneinende Antwort erfolgt. Die Truppen werden nach Poti befördert, wo sie sich in kürzester Zeit einschiffen werden, um über das Schwarze Meer an ihren Bestimmungsort weiter befördert zu werden. Die Kaiserlich-Deutsche Delegation mit General v. Kref. an der Spitze bleibt hier. Zurückbleiben soll auch die tüchtigste Garnison zum Schutz der Delegation. Es wird allgemein befürchtet, daß mit dem Fortgang der deutschen Truppen die Sicherheitsverhältnisse auf dem schaden Lande sich wieder verwickeln könnten, da die Gegenwart der deutschen Wehrmacht, ohne daß sie sich in die inneren Angelegenheiten Georgiens jemals einmischen hätte, allein schon genügt, um Ereignissen aller Art, wie sie bis zur Ankunft der Deutschen ganz und gäbe waren, vorzubeugen. Hoffen wir aber das Beste!

Eine außerordentliche Versammlung der Delegierten sämtlicher Ortgruppen des Verbandes der Deutschen in Transkaukasien hat vorigen Donnerstag stattgefunden, auf der einige Angelegenheiten von großer Dringlichkeit und noch größerer Wichtigkeit (für die meisten Ortgruppen) besprochen wurden.

Vom Rat des Landwirtschaftsministeriums ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung des Landes ausgearbeitet. Die Norm, die im Gesetz vom 7. März d. J. vorgesehen ist (7 Dessjatinen), ist als solche nun endgültig anerkannt. Die Regierung des neuen Gesetzes ist einer Kommission, bestehend aus den Herren L. G. Ashtanau, S. S. Koni und S. N. Timofejev, aufgetragen worden.

Der Kriegsminister hat eine Kommission unter dem Vorsitz des Kommandeurs des 2. Reiterregiments Maschawariani embernufen, beauftragt Ausarbeitung eines Planes zur Organisation von aufklärerischer Kulturarbeit im Herr. Die erste Sitzung der Kommission hat am 28. Oktober stattgefunden.

Eine Regierungskommission, zu deren Bestand auch der Geologe S. A. Zizianow gehört, ist mit der Uebernahme zweier Glauberzsalzen in der Nähe des Dorfes Malchawonka, im Tifliser Kreise, betraut worden. Diese Seen werden verpachtet werden, und sollen die Pächter verpflichtet sein, hier Sodafabrik anzuulegen.

In Poti hat die neue Radiostation zu funktionieren angefangen; sie steht in Verbindung mit Konstantinopel, Kertsch, Dnestra, Nikolajew und Berlin.

Sonntag, den 3. d. Mts., um 1/8 Uhr abends, wird Herr Dr. A. Vitr in Georgisch-Deutschen Kulturverein (Marjastins-Strasse, Lokal der Landwirtschaftlichen Gesellschaft) einen Vortrag über: „Deutschland und der Krieg“ halten. Der Eintritt ist frei. Nach dem Vortrag ist eine außerordentliche Vorstandssitzung.

Im Deutsch-Armenischen Kulturverein wird Sonnabend, d. 3. d. Mts., der 6. Gymnasialdirektor G. v. Sahn eine Vorlesung: „Ueber das deutsche Volkstlied“ halten. Nach dem Vortrage sollen einige musikalische und dclamatorische Vorträge stattfinden. Beginn des gefelligen Abends um 8 Uhr, Beginn der Vorlesung präzis 1/9 Uhr. Gaste, durch Mitglieder des Vereins eingeführt, haben freien Zutritt.

Russland.

Deutschland.

Die Lage an der Westfront beurteilt ein Kriegsfachmann (Dobbe) im „Nieuwe Courant“ wie folgt: „Das Vordringen des Verbandes scheint sich zu verlangsamen. Die Ursache ist der starke Regen, der die Straßen verunflutet und die Flüsse anschwellen läßt. Die Deutschen können sich besser wehren, weil der Verband seine Kanonen schwer vorwärts bringt. Die hochgehenden Flüsse geben den deutschen Nachichten Bewegunssfreiheit gegen die Panzerwagen. Der Gefahrpunkt ist überhanden und das deutsche Heer fühlt, daß harter Widerstand eine günstige Lösung des Krieges bedeuten würde. Jedenfalls bestätigt sich meine frühere Meinung, daß die Deutschen sich in guter Ordnung zurückziehen.“

Vorigen Sonnabend nahm der Reichstag die Verfassungsänderungen an. Dagegen stimmten nur die Konserverativen und einige Mitglieder der deutschen Fraktion. Zu den schon bekannten Sachen kommt folgendes. Zusatz zu Artikel 15 der Verfassung: „Der Reichskanzler bedarf zur Ausübung seines Amtes des Vertrauens des Reichstages. Er ist für alle politischen Handlungen verantwortlich, die der Kaiser auf Grund seiner verfassungsmäßigen Gewalt begangen hat. Der Kanzler und seine Stellvertreter sind dem Bundesrate und Reichstage verantwortlich.“ Zu Artikel 53, Abs. 1: „Ernennung, Versetzung, Beförderung und Entlassung von Offizieren und Beamten der Flotte müssen vom Kanzler gegengezeichnet sein.“ Zu Artikel 64, Abs. 2 nach dem Worte „Kaiser“ die Worte „mit Gegenzeichnung des Kanzlers.“ Der Absatz lautet dann: „Der Oberbefehlshaber eines Truppenteiles, sowie alle Offiziere, die mehr als einen Truppenteil führen und alle Festungsleiter werden vom Kaiser mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt.“ Zu Artikel 66: „Ernennung, Versetzung, Beförderung und Entlassung der Offiziere und Beamten eines Truppenteiles bedürfen der Gegenzeichnung des Kriegsministers des Truppenteiles. Die Kriegsminister sind dem Bundesrate und Reichstage für die Verwaltung ihres Truppenteiles verantwortlich.“

Vorigen Sonntag hat die deutsche Regierung der amerikanischen Regierung durch die Schweizer Botschaft in Washington folgende Note überreichten lassen: „Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden

Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Stundgebungen gefestigt hat. Berlin, 27. Okt. 1918 S. 4“

Die deutsche Presse über die Friedensfrage: Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß der vom Präsidenten Wilson bezeichnete Frieden ein Frieden der Gewalt war, entgegen den Behauptungen des deutschen Reichskanzlers, daß Wilson einen Rechtsfrieden vorschläge. Sie wendet sich gegen die Stelle der deutschen Note, wo die inneren deutschen Verhältnisse behandelt sind. Wilson und der Verband haben diesen Krieg nicht um Regierungsformen und Anschauungen geführt. Die deutsche Antwort ginge hart an die Grenze des Erträglichen und gutes könne aus dieser Saat nicht erwachsen. „Ross. Ztg.“ meint, daß nicht das Meer, sondern die deutschen Politiker an der jetzigen Lage schuld seien. — „Berliner Bors. Ztg.“: In der Note ist nur vom Waffenstillstand die Rede, der den Friedensverhandlungen die Wege ebenen soll. Eine Waffenstreckung, wie sie in der englischen und einem Teile der französischen Presse immer lauter gefordert wird, wäre für unsere Regierung selbstverständlich unannehmbar. Da weiß sich das ganze Volk mit ihr eines Sinnes.

Der Volkstag für Freiheit und Vaterland hielt am Sonnabend zwei große Versammlungen zugunsten des Völkerbundes ab, in deren einer der Staatssekretär a. D. Dernburg die Geschichte des Gebanens besprach. Dernburg erklärt, daß sich die 14 Punkte Wilsons mit den Forderungen decken, die der Philosoph Kant in seinen Schriften aufgestellt hat. Zur Verwirklichung müssen vor allem Reibungsflächen in Europa, besonders in den unerlehten Gebieten, beseitigt werden. Der Frieden müsse ein Rechtsfrieden sein, der das Selbstgefühl der großen Staaten nicht antastet. Sonst wäre der Völkerbund gefährdet, ehe er geboren wird. Der Völkerbund ist das einzige Mittel zu einem dauernden Frieden und einer stilligen Welt. Es wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: „Der R. F. V. U., dem in wirtschaftlichen Verbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten mehr als 4 Millionen Mitglieder angegeschlossen sind, erblickt den Weg zur Eingliederung des neuen Deutschlands in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeit achtenden und anerkennenden Kulturstaaten in der Errichtung eines Völkerbundes, wie ihn die Reichsleitung und die Mehrheit des Reichstages in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Präsidenten Wilson angenommen hat.“

Ueber das Ergebnis der diesjährigen deutschen Ernte liegt folgende Meldung vor: „Der Vorstandsmittglied des Kriegsernährungsamtes, Stegerwald, kürzlich der „Kölnischen Volkszeitung“ mitteilte, liefert die Brotgetreideernte 15 bis 17% mehr, als im Vorjahre. Vom 1. Oktober an kann daher die Mehlmenge erheblich hinausgesetzt und nahezu 4 Pfund Brot pro Kopf und Woche verabfolgt werden. Die Kartoffelernte ist zwar noch nicht so überflüßig wie die Getreideernte, doch läßt sich jetzt schon sagen, daß eine größere Wochenmenge als bisher an die Kommunalverbände abgegeben werden kann. Die Einschränkung der Fleischversorgung muß bereuen bleiben,

den Türen der Läden bleiben immer offen. Sie hatten keine Hüter in ihrem Geschäft; der Laden machte den Handel allein! Nur um den Namen des Inhabers anzuzeigen, wurde über den Laden ein „tabre“ — ein Kennzeichen, — angeheftet. Der Womadentamm der Dschafensamajeden, der Bogulen, sowie auch die Tataren von Tlankut, die in diesen Gegenden wohnten, kamen ganz einfach hinein, nahmen die Sachen, die sie brauchten, und ließen dafür, je nach ihrer persönlichen Schätzung, entweder fünf Fuchsfelle oder drei Biberfelle usw. zurück. Inzwischen lebten die Inhaber dieser Läden in ihre Wohnungen in Tobolsk, Tara oder einer anderen Stadt zurück und gingen anderen Beschäftigungen nach. Nach sechs Monaten, Ende Februar oder Anfang März, begaben sie sich wieder in die Tundren und Wälder, um nach dem Geschäft zu sehen und die Felle der wilden Tiere, die ihnen die Nomaden als Gegenwert abgelassen hatten, in ihre Stadtwohnungen zu bringen. Von dort verschickten sie sie bis nach Semipalatinst und Budgara. In Budgara wurden die Felle gegen Erzeugnisse der sibirischen Industrie eingetauscht. Wie man sich schon denken kann, kümmernten sich die Kaufleute nicht im geringsten darum, ob das, was die Nomaden zum Ausgleich zurückgelassen hatten, dem Werte des Entnommenen entsprach. Dies wurde ganz deren Gewissen überlassen. Die Leute konnten keinen anderen Handelsvertrag, als den durch ihren angeborenen natürlichen und stiltlichen Charakter bedingten. Sie ordneten ihre Rechnungen jährlich einmal, manchmal auch nur alle zwei Jahre, und niemals ist es bei ihnen zu Streitigkeiten gekommen. Vertrauen und Muth herrschte stets unter ihnen.

Diese Führung und dies Vertrauen bewahrten sie bis in spätere Zeiten. Im Jahre 1892 veröffentlichte die „Kamjatnaja Knisofka“ von Tobolsk, sich auf amtliche Papiere im Provinzialarchiv von Tobolsk stützend, daß der erste Diebstahl unter den Bewohnern von Ernjant im Jahre 1843 stattgefunden hat. Dasselbe Blatt hatte auch

Nur im Café W. Höhne, 1918

Tiflis, Golowinski № 8. (in der Nähe der Deutschen Ortskommandantur) bekommt man ein gutes Glas Kaffee, Kakao mit Kuchen etc. etc. 0—4

doch erfüllen sich gewisse Befürchtungen betreffend Herabsetzung der Forderung glücklicherweise nicht; die Forderung bleibt die gleiche. Ueberaus groß ist die Gemüthsruhe, von der ein erheblicher Teil für die Winterversorgung verwendet werden kann. Bei diesen Angaben sind die Zufahren aus der Ukraine noch außer Ansatz gelassen.“

Ueber die Wiederaufnahme des Verkehrs mit dem Osten fanden in Moskau deutsch-russische Beratungen statt. Zunächst auf Grund der Zulassungsverträge, doch handelt es sich keineswegs nur um eine einseitige Befreiung Deutschlands, sondern darüber hinaus um die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Gegenseitigkeit. Beispielsweise erklärt sich Deutschland bereit, erhebliche Mengen Kohlen gegen Holz an Rußland zu liefern. Die russische Regierung hat eine Vorratsstatistik fertiggestellt, aus der sich ergibt, daß im russischen Reiche noch umfangreiche Mengen wichtiger Güter für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Dadurch wird die Ansicht widerlegt, daß Großrußland durch den Krieg und mehr noch durch die Revolution wirtschaftlich völlig ausgezogen sei. Für Kenner der russischen Verhältnisse kommt diese Feststellung allerdings nicht überraschend.

Auch der deutsch-finnische Warenverkehr kommt nach und nach in Gang. Zwischen der deutschen und finnischen Regierung ist ein Abkommen getroffen worden, das die Vereinheitlichung der deutschen Einjahre nach Finnland vorzieht. In diesem Abkommen zeigt sich deutlich die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, auch in dieser schweren Zeit die Ausfuhr noch aufrecht zu erhalten. Daß diese Fähigkeit vorhanden ist, geht auch unter anderem aus der Errichtung einer händigen wirtschaftlichen Vertretung Großrußlands in Breslau hervor.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kaiser hat den Rücktritt des Ministeriums Suffarek angenommen und Hofrat Lammasch zum Ministerpräsidenten ernannt.

Die österr.-ungarische Regierung hat durch die schwedische Regierung der amerikanischen folgende Antwort auf die Note vom 18./10 gegeben lassen: „In Beantwortung... beehrt sich die österr.-ung. Regierung zu erklären, daß sie, ebenso wie den früheren Stundgebungen des Präsidenten, auch der in seiner letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker in Oesterreich-Ungarn, besonders über jene der Tschechoslowaken und Ingalawen zustimmt. Da jedoch sämtliche Bedingungen angenommen sind, von denen der Präsident den Eintritt in Verhandlungen über den Waffenstillstand und Frieden abhängig gemacht hat, steht nach der Ansicht der österr.-ung. Regierung dem Beginn der Verhandlungen nichts mehr entgegen. Die österr.-ung. Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Ver-

den Beschluß des Gerichtes von Al-Sakal veröffentlicht und den Namen des Diebes genannt. Der gestohlene Gegenstand war, so hieß es, ein Krummholz.

Nächstes wir jetzt unser Augenmerk auf das, was die Russen aus diesem so ruhigen Volk gemacht haben. Als die Russen in die Tatarei eingedrungen waren, haben sie sich nicht damit begnügt, Intrigen und Lügen unter die „Khane“ zu schießen, um sie gegeneinander aufzuwiegeln — auch fürchterliche Blutbäder angerichtet. Als im Jahre 1552, nach 22 Jahren des Kampfes, Ivan der Schreckliche sich die ganze Tatarei unterworfen hatte und in die Gegend von Kasan kam, gab es dort fast niemand, der nicht unter der russischen Tyrannei gelitten hätte. Die Zahl derjenigen, die sich in Wälder flüchten konnten, war sehr gering.

Karamün, der große russische Historiker, berichtet zwar, daß nach dem allgemeinen Manifest Iwan des Schrecklichen bei seinem zweiten Einfall in Kasan die Bewohner von Ar-Tschirnik, des Bolgauers und von Ars in ihre Heimat zurückgeführt seien, erwähnt dabei aber nicht einen einzigen Tataren. Daraus kann man wohl schließen, daß niemand von ihnen zurückgeführt ist. Ein großer Teil der Tataren ist auf dem Schlachtfelde gefallen und der Rest hat sich nach dem Kriege in das Gebiet der Bajkiden zurückgezogen.

Nach der Verheerung der Gegend von Kasan durch die Russen gab es dort keine Sicherheit mehr. Einmal fingen die Russen an, die Tataren, die fest an ihrem Glauben hingen, durch die Waffe zum Christentum zu bekehren. Andererseits rissen sie ihr Eigentum, ihren Grundbesitz an sich und traten ihr Ansehen mit Füßen. Auf diese Weise hatten die Tataren nach kurzer Zeit keinen eigenen Besitz mehr und konnten folglich nicht mehr Landwirtschaft treiben.

(Schluß folgt.)

Vom Sein und Werden der tatarischen Nation.

Von Scheich Abdurrechid Ibrahim. *)

Die tatarische Bevölkerung, die die Gegend der Wolga, der Kama und des Ural bis Sibirien hinein bewohnt, hat im allgemeinen großen Landbesitz. Während des Bestehens ihres „Khanats“ beschäftigten sie sich hauptsächlich mit Landwirtschaft, Forstwesen, Viehzucht und Jagd. Nach dem Untergang der Tataren unter russische Oberherrschaft gekommen waren, haben sie ihre Steuern mit Jagdergebnissen bezahlt. Sie mußten — der Zahl ihrer Familienmitglieder entsprechend —, z. B. 5 Fuchsfelle abgeben, oder 20 Fuchs-, 10 Otter-, 5 Biberfelle usw. Auch schon während des Regiments der Khane hatten sie Steuern zu zahlen, nur mit dem Unterschiede, daß damals die Abgaben, obgleich sie zum Teil auch aus erlegten Tieren bestanden, den Vorschriften des Islam gemäß entrichtet wurden. Nur das Sektia (der Bierzucht) und Uchur (der Zehnte) mußte auf andere Weise bezahlt werden, und zwar mit dem vierzigsten Teil vom Vermögen und dem zehnten der Ernte. Dies beweist noch einmal, daß die Tataren von der Wolga bis zum Ural sich hauptsächlich mit Landwirtschaft, Viehzucht und Forstwesen beschäftigt haben. Sie besaßen wenig gemünztes Geld und wickelten daher ihre Geschäfte durch Austausch ab. Sie wechselten, natürlich immer den Gleichwert beachtend, ein Tier, ein Fell gegen einen anderen Gegenstand ein. Die Tataren in Nordibirien haben diese Methode bis in die letzten Jahre beibehalten. Die Kaufleute hatten hauptsächlich in der Mitte von Tundren und Wäldern ihre Lager — genannt Kewenel —, wo sie die Waren und auch Lebensmittel aufspeicherten, die die Ureinwohner brauchten konn-

*) Aus: „Der neue Orient“, Halbmonatsschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im gesamten Orient. Berlin. W. 5, Selbstverlag. Schriftl. der „R. P.“

handlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und seinen Gegnern einzutreten. Sie bittet den Präsidenten Wilson die diesfälligen Einleitungen zu treffen".

➤ In Aussicht fand eine Vertrauensmännerversammlung des deutschen Volkstrates von Böhmen hat, die sich für den Anschluß Deutschböhmens an das Deutsche Reich auszusprechen. Die Deutschnationalen geben über Entrüftung darüber kund, wie Andraßys Note beantwortet, ohne sich mit der deutschen Reichsregierung noch mit den Vertretern des deutschen Volkstrates in Verbindung gesetzt zu haben. Die deutschnationalen Partei werde im deutschen Volkstratsausschuß darauf dringen, daß das Selbstbestimmungsrecht unbedingt auch Oesterreich gewährt wird, und zwar im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich. Die Antwortnote Andraßys wurde im Abgeordnetenhaus allgemein erörtert. In den deutsch-bürgerlichen Gruppen rief sie Beifügung hervor. Diese Kreise erklären die Note für überflüssig, da innerhalb weniger Tage die Gesamtlage sich so gestaltet hätte, daß ein Zusammengehen mit Deutschland bis zum letzten Augenblicke möglich gewesen wäre.

➤ Prag. Der tschechische Nationalausschuß bestimmt, daß alle bisherigen Gesetze, Verordnungen, Behörden und Aemter der Oberhoheit des tschechischen Nationalrates unterliegen. Da aufgeführte Maßnahmen werden nicht in Tätigkeit traten, die Truppen zurückgezogen wurden, Ruhe und Ordnung durch Arbeiter und Soldats bis um Mitternacht aufrecht erhalten wurde, konnten blutige Zusammenstöße vermieden werden.

➤ Budapest. Auf Weisung der ungarischen Regierung übergab der Gouverneur Fiume an Kroatien, mit Rücksicht auf die geringe Truppenzahl. Der Stadtrat wurde aufgelöst und alle Behörden hielten ihre Tätigkeit ein. Das Schicksal Fiumes entscheidet der Friedensrat.

England.

➤ Neuverfertigungen und Neubauten. In der englischen Presse herrscht neuerdings eitel Freude, daß in den letzten Monaten die Schiffneubauten die Verrentungen durch U-Boote um monatlich 100 000 Tonnen übertrafen. Diese Zahl ist freilich mit Vorsicht zu betrachten, da die amtlichen englischen Berichte über U-Boot-Verluste erfahrungsgemäß stets beträchtlich zu niedrige Zahlen enthalten, wobei zu bemerken ist, daß im neutralen Ausland den deutschen offiziellen Zahlenmeldungen vom U-Bootkrieg eingestandenemmaßen viel mehr Glauben geschenkt wird, als den frivolen britischen Ziffern. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind in der Tat zur Zeit die Verrentungen noch umfangreicher als die Neubauten, aber selbst wenn man jene 100 000 T. Schiffraum-Gewinn im Monat als richtig ansetzt, ist die englische Darstellung aus einem gewichtigen Grunde als irreführend zu bezeichnen. Sie stellt den Schiffneubauten, die übrigens (zu Englands großem Kummer) zumest von den neuen amerikanischen Werften beigesteuert werden, grundsätzlich nur die Verrentungen durch U-Boote gegenüber, überläßt aber abichtlich die Tatsache, daß daneben noch laufend sehr viel Schiffraum durch Ereignisse verloren geht, die nicht mit dem Kriege zusammenhängen. Schon in Friedenszeiten rechnete man, daß durch Stürme, Klippen, natürliches Alter der Schiffe, Leckschäden usw. im Jahr 800 000 T. Schiffraum austrangiert werden mußten. Heute ist diese Zahl viel höher, da einmal infolge der Sonntagsknappheit zahlreiche, schon zum Abbruch reife Fahrzeuge wieder in Dienst gestellt sind, die beim besten Willen nicht mehr als fectichtig bezeichnet werden können, da ferner die U-Bootbedrohung die Schiffe in den Seergebietten zwingt, sich möglichst in der Nähe des Landes zu halten, wo naturgemäß die Strandungsgefahr bedeutend vergrößert ist, und da schließlich viele amerikanische Werften Schiffe zu Wasser lassen, die unverdächtige norwegische Kritiker schlechthin als „Fischereiarbeit“ bezeichnen und denen auch das englische Meeresblatt „Fairplay“ am 25. Juli d. Z. nur eine Lebensdauer von drei bis 4 Jahren zuzusprechen wagte. Aus allen diesen Gründen dürfte der natürliche Abgang an Schiffen nach gewiss nicht pessimistisch englischen sachmännlichen Schätzungen auf das dreifache des Friedensbetrages zu veranschlagen sein, also auf 2 400 000 T. im Jahr oder 200 000 T. im Monat! Rechnet man aber diesen Abgang zu den rund 10 Mill. Tonnen Verlust, die 1 1/2 Jahre verstrichenen U-Bootkrieges dem Weltschiffraum zugeführt haben, so ergibt sich für die 1 1/2 Jahre 1917 bis 1. August 1918 ein Gesamtverlust von wahrscheinlich über 13 1/2 Millionen T. Schiffraum! Die von den Engländern und mit Hilfe einer Bilanzverschönerung errechnete Zahl von neuerdings 100 000 T. Gewinn an Weltschiffraum im Monat aber erweist sich ohne weiteres als Täuschung, wenn außerhalb der Kriegshandlungen noch weitere 200 000 T. monatlich verloren gehen. Nun ist ja zwar sicher, daß die amerikanischen Werften bald noch viel mehr leisten werden als augenblicklich und daß der Zeitpunkt nicht fern ist, wo die Neubauten die laufenden Verluste überstreifen werden. Aber es gehört ein sehr sanguinischer Gemüt dazu, hiermit die U-Bootgefahr gebannt zu wägen, denn jeder einzelne amerikanische Soldat in Europa beansprucht dauernd fünf Tonnen Schiffraum für Nachschub. Landen also in einem Monat 100 000 Soldaten in Frankreich, so müssen für sie laufend 500 000 Tonnen neuer Schiffraum unterwegs sein. Glaubt man in der Tat,

daß die amerikanischen und englischen Werften derartigen Ansprüchen unbegrenzt gewachsen bleiben können? Ein Acht-Millionenherd, wie es Wilson nach Frankreich angeblich zu werfen beabsichtigt, würde allein mehr Schiffraum benötigen, als zur Zeit die gesamte Weltflottenflotte besitzt!

Amerika.

➤ Der Mangel an Textilstoffen wird nachgerade international. England hat zeitweise fast die Hälfte seiner Spinnweben wegen Baumwollmangel still stehen. Den anderen europäischen Ländern geht es fast noch schlechter. Jetzt meldet auch Amerika Mangel an Wolle. Das New Yorker „Journal of Commerce“ berichtet nämlich: „Die Wollebekleidungsindustrie hat mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, keine Wolle zu erhalten. Das erste Anzeichen der neuerschaffenen Lage trat zu Tage, als die Regierung die Vorräte beschlagnahmte und die stark verminderte Einfuhr aus dem Auslande unter Kontrolle stellte. Als die Notlage des Krieges dazu zwang, allen verfügbaren Schiffraum zum Transport von Kriegsmaterial zu verwenden, wurden auch die Schiffe, welche Wolle von Australien und anderen Ländern herbeibrachten, beschlagnahmt. Infolgedessen hörte die Wolleinfuhr fast ganz auf. Solange nicht genügend Schiffraum beschafft ist, um sowohl den Wollebedarf der Regierung, als auch den gewöhnlichen Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung an vollenen Kleidungsstücken zu decken, wird zunächst der Armeedbedarf gedeckt. Verbleibt kein Ueberfluß, so müßte sich das Land mit alten Kleidern aus Baumwollfabriken begnügen. Die Beamten geben offen zu, daß bei dem großen Kriegsprogramm der Regierung und dem riesigen Bedarf an Wolle für Uniformen kaum eine Möglichkeit besteht, daß für den Zivilbedarf noch etwas übrig bleibt. Diese Erklärung wird sogar noch dahin ausgedehnt, daß für das nächste Jahr noch weniger Aussicht auf ein Freiwerden von Wolle für den Zivilbedarf besteht, wenn nicht Schiffe genug vorhanden sein werden, um die Wolleinfuhr in vollem Umfang wieder aufzunehmen.“

Worin liegt Englands und Frankreichs Angst vor einem Friedensschluß auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte begründet?

(Schluß.)

Durch den Ausschlag in der Industrie war Deutschland in die Lage verwickelt worden, seine anwachsende Bevölkerung im eigenen Land zu beschäftigen und sie von der Auswanderung abzuhalten. Während früher in kleineren Betrieben ein nur verhältnismäßig kleiner Teil des Bevölkerungszuwachses nur 1 Millionen, aufgezählt wurde, in den mittleren 2,2 Millionen, in den großen i. J. 1882 noch nur 1,6 Millionen, hatten dies i. J. 1907 bereits 5,5 Millionen tätiger Arbeiter; rechnet man dazu die Familienangehörigen, so kann man sagen, daß im Jahre 1907 bereits mindestens 20—30 Millionen Menschen mit der Gewinnung und dem Getreihen der Industrie verbunden sind. Man sieht, wie sehr es von dem Getreihen und Werbetreiben derselben abhing, ob Deutschland nicht mehr Maschinen, sondern Menschen ausführen sollte. Es hatte i. J. 1871 nur 41, i. J. 1914 jedoch 67 (also rund 70) Millionen Einwohner. Der jährliche Zuwachs war 814 600 Köpfe, d. i. 13 pro Tausend. Nach Amerika betrug die Auswandererzahl aus 1000 der Bevölkerung durchschnittlich: 1871—80: 1,47‰, 1881—90: 2,87‰, 1891—1900: 1,03‰, 1901—10: 0,46‰, 1911—14: 0,30‰. Mit dem Aufkommen der Industrie fiel also die Auswandererzahl.

Nun möchte bekanntlich England das Mutterland mit seinen Dominien (Kanada, Australien, Südafrika u. i. w.) zu einem Zollverband vereinigen. Den Versuch, welchen es bereits vor einigen Jahren damit zu machen plante, mußte es als verfrüht vorläufig aufgeben, da zu seiner Verwirklichung die vorherige Weiterveringung Deutschlands nötig erschien.

Die alten wirtschaftlichen Mächte, d. h. diejenigen, welche kolonisierten und auch politisch geehrt waren (wie Spanien, Portugal, Holland, Frankreich), erwarben das Kolonialland, in das sie ihren Menschenüberschuß abfließen ließen, zugleich als Eigentum. Mit der Zeit nahm England den Vörsenanteil des Kolonialgebietes an sich und hat jetzt von dem Gesamtumfang aller vorhandenen Kolonien von 48 Millionen q km über die Hälfte (28 q km) in seinem Besitze, (Frankreich 11, Deutschland 3, andere Länder 6); von der Gesamtbevölkerung aller Kolonien von 500 Millionen Menschen wohnen 387 in englischen (40 in französischen, 14 in deutschen, 63 in anderen) Kolonien. Das deutsche Volk konnte seinen eigenen Kolonialbesitz erwerben, da es noch nicht politisch geehrt war, und mußte deshalb seinen Bevölkerungüberschuß in fremde Kolonien zur Auffüllung von deren Arbeits- und Kaufkraft abfließen, denselben jedoch für sich für verloren ansehen. Als aber Deutschland den Menschenzuwachs in seiner eigenen Exportindustrie beschäftigen konnte und es fast Millionen Maschinen exportierte, da geschah dies Verlegen des letzten europäischen Menschenbrunnens zu früh für Englands Bedürfnisse, bevor noch die nach dem Abfall von Nordamerika (England vertriebenen Kolonien mit genügender Arbeits- und Kaufkraft aufgefüllt waren, und als dann der Zollverband zwischen Kolonien und Mutterland hergestellt werden sollte, konnte dies wegen allzu großer Abhängigkeit Englands von den übrigen Weltwirtschafts-

ländern nicht geschehen. Es war mit seinen Nahrungsmitteln, Rohstoffen und dem Abfalle seiner Fabrikate trotz seines eigenen Kolonialhandels in zu hohem Grade von anderen Ländern abhängig, die in der Lage gewesen wären, auf den Zollverband mit Abwehr- und Vergeltungsgeßellen zu antworten, und sich mit ihrer Kaufkraft dem Konkurrenten Deutschland hätten zuwenden können, diesen dadurch in den Stand setzend, auch die England vorenthaltenen Rohstoffe abzunehmen.

Englands Einfuhr aus eigenen Kolonien betrug i. J. 1912: 25%, also aus anderen Ländern 75% der Gesamteinfuhr. Von den eingeführten Nahrungsmitteln stammten 25% aus eigenen, 75% aus anderen, von den Rohstoffen 30% aus eigenen, 70% aus anderen Ländern. Englands Ausfuhr aus eigenen Kolonien betrug 1912: 32%, also nach anderen Ländern 68% der Gesamtausfuhr. Nach den eigenen Kolonien exportierte es 40%, also nach anderen Ländern 60% der Gesamtausfuhr.

Die genäherte Verlesung seiner Kolonien mit europäischen Menschen ist eben für England Lebensfrage. Der Verbrauch an solchen ist sehr groß. (Genso war dies übrigens bei Amerika der Fall ist. Der österr.-ungar. Konful in Cleveland behauptete 1910, daß monatlich 300—500 Ungarn in den Stahlwerken und Fabriken von Ohio getötet und mindestens 1500 verwundet werden, also mindestens 4000 Tote und 18 000 Verwundete eines Volksstammes in einem Jahre in einem Staate der 46 Staaten des Landes Amerika). Die gelbe Flut hat ein riesiges Ausdehnungsbedürfnis. Japan sieht sich nach Weltmarktstellung am Stillen Ozean, ihm sieht zur Kolonisierung Australiens, Südamerikas, Südasiens und Kanadas seine eigene und die Ueberbevölkerung Ghnas zur Verfügung. Die Gefahr droht sehr, daß Japan in die englischen Kolonien und auch in das südamerikanische Interkontinent Nordamerikas eindringt und damit deren Weltmarktstellungen zerstört.

Dies erkennen, will England die deutsche Volkswirtschaft zerstören, um die Auswanderung nach den englischen Kolonien zu erzwingen und die deutsche Tüchtigkeit für sich auszunutzen. Dazu muß Deutschland wieder in einen dünnbesetzten Landwirtschaftsstaat mit knapper, vom Auslande abhängiger gewerblicher Bevölkerung zurückfallen; nur so könnten jene dann gezwungenermaßen vaterlandlos gewordenen Söhne dazu gebracht werden, schließlich den Krieg Englands (und auch Amerikas) gegen Japan zu führen.

Wenn also England auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte einen Reichsfrieden schließt, so ist sein Ziel des Krieges nicht erreicht. Frankreich, das sich mit dem deutschen Aufschwung bereits lange nicht mehr in Wettbewerb begeben konnte, wird den mächtigeren Nachbar neben sich behalten. England und Frankreich in sich geschwächt und zu Zufallen Amerikas geworden, werden ein großes Aufblühen Deutschlands nicht mehr verhindern können, das die Grundlage zu seinem Gedeihen in sich selbst trägt und während des Krieges sich mit Riesenschritten weiter entwickelt hat. G e r k e.

Deutscher Wirtschaftsbrief.

Trotz der Zittererregung treten die günstigen Erfolgsvoraussetzungen der 9. deutschen Kriegsanleihe hervor. Die Geldmarktliquidität ist gerade jetzt so stark wie nie vorher. Die Banken wissen sich vor dem Zutritt fremder Gelder kaum zu retten. Infolge dessen steigen ihre Umsätze und entsprechend auch ihre Gewinne. Die Verwaltungen der großen deutschen Banken geben jetzt ihre Halbjahresabschlüsse bekannt. Wenn auch die Mitteilungen allgemein gehalten sind, so läßt sich daraus doch der wesentliche Fortschritt des Bankgeschäftes im bisherigen Verlauf des Jahres erkennen. Die Deutsche Bank, die Nationalbank für Deutschland, die Diskonto-Gesellschaft haben bisher derartige Halbjahresmittlungen gemacht. Es ist aber kein Zweifel, daß das gesamte deutsche Bankgeschäft diese günstige Entwicklung genommen hat. Das muß natürlich der Kriegsanleihe zugute kommen, ebenso wie starke Bereitschaft der Sparkassen, der Versicherungs-gesellschaften, der Genossenschaften, der Sozialkassen usw. den Erfolg der Anleihe fördert. Wenn die Entente geglaubt hat, infolge der Ereignisse an der Westfront würde die neue Kriegsanleihe ein Mißerfolg werden, so läßt sich schon jetzt erkennen, daß das ein Irrtum war. Das Mißerfolg wird anders aussehen, als der „Tempus“ und ähnliche Zeitungen wünschen und vorausgesetzt haben. In noch nicht einer Woche sind allein durch Berliner Blätter Großzeichnungen in Höhe von mindestens 1 Milliarde Mark bekannt gegeben worden. Beispielsweise zeichneten Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften 330 Mill. Mark, Reichsversicherungsanstalt für Angehörte 100 Mill. Mark, Sparkasse Berlin und Landesbank Berlin je 80 Mill. Mark, Rohlfenunionität 70 und Kump 60 Mill. und Zentraldarlehnskasse 30 Mill. Mark, also 7 Stellen beteiligten sich mit 7 1/2 Milliarden Mark.

Auch die Hoffnungen auf einen Zusammenbruch der deutschen Börsen haben sich nicht erfüllt. Die Kurse sind allerdings in letzter Zeit stark gefallen, doch ist die Stimmung keineswegs pessimistisch. In Bankkreisen begrüßt man den Abbau apokalyptischer Verpfichtungen. Es ist richtig, daß die Gewinnentwicklung eines Teiles der Industrie nicht mehr so springend ist, wie bisher. Aber diese Stetigkeit ist entschieden gesünder, als die rasche Aufwärtsbewegung. Eine Anzahl der Unternehmungen, die diesmal nicht über die vorjährige Dividende hinausgehen,

könnten wohl aus den Gewinnen höhere Sätze ausschütten. Die Verwaltungen verzichten darauf im Interesse der finanziellen Friedensrüstung. Die für sorgliche Politik ist besonders bei den großen Montanunternehmungen zu erkennen, deren Gewinne teilweise erheblich höher sind, als im Vorjahre, die jedoch lieber die Abschreibungen und Reservestellungen vermehren, als die Dividenden heraussetzen. In welchem Ausmaße manche Unternehmungen gerüht haben, zeigt sich beispielsweise an der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, die in 4 Kriegsjahren nicht weniger als 90 Mill. Mark abgeschrieben hat. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 130 Mill. Mark. Wenn man bedenkt, daß das deutsche Handelsgezet den Aktiengesellschaften Reserven nur in Höhe von 10 % des Aktienkapitals vorschreibt, so erkennt man, wie sehr die deutsche Industrie auf die Umstellung in die Friedenswirtschaft vorbereitet ist. Mehr oder weniger sind alle Aktienverwaltungen so vorgegangen. Wenn die Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sonst vorhanden sind, an Geldmitteln wird es gewiß nicht fehlen.

Die französische Industrie in den Händen der Amerikaner.

Wie in fast allen kriegsführenden Ländern, so steht auch in Frankreich die Bevölkerung den Leistungen ihrer Verbündeten nicht ganz ohne Kritik gegenüber. Freilich überwiegt zunächst die Dankbarkeit und Bewunderung, und besonders gelten die Amerikaner den Franzosen als die Retter aus vierjähriger Not. Aber gerade die Fülle ihrer Hilfsaktionen bewirkt, daß neben dem starken Licht die Schatten nicht fehlen. Schon in der Verfertigung und Lebensmitteln macht sich die Anwesenheit so großer Kontingente naturgemäß manchmal störend bemerkbar. Die Stimmung der Bevölkerung richtet sich daher vielfach gegen ihre englischen und amerikanischen Befreier, die von den französischen Vorräten ernährt werden und dazu beitragen, die Preise für die notwendigen Lebensmittel außerordentlich zu steigern. Zugleich mit den Truppen ist eine große Zahl amerikanischer Arbeiter nach Frankreich gekommen, um hierdurch französische Kräfte für die Front frei zu machen. Diese Arbeiter werden ausschließlich in der Munitionsfabriken beschäftigt, sie haben sich aber mit ihren französischen Arbeitskollegen vielfach nicht allzu gut vertragen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beschloßen die Amerikaner, die Frankreich mandant schon als amerikanische Kolonie zu betrachten scheinen, kursorbend, die verbliebenen französischen Arbeiter durch amerikanische zu ersetzen. Es wurde ihnen gesagt, daß die französische Arbeitsweise der amerikanischen Art nicht entspreche. Die bisher in solchen Betrieben der Munitionsindustrie beschäftigten heimischen Arbeiter sind so nach und nach durch fremde Arbeiter ersetzt worden. Als ungelernete Arbeiter werden dort namentlich Negers, Araber, Chinesen und Marokkaner angestellt. Während Amerikaner als Wertmeister in leitenden Stellen tätig sind. Diese Amerikanisierung vieler Betriebe wird in Frankreich natürlich ungenutz, da man einen allmählichen Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von ihr fürchtet.

In der Tat sind die französischen Befürchtungen nicht ganz unbegründet. Amerikanische Fabriken schicken wie Pilze aus der Erde. Die Leistungen der Amerikaner sind ungeheurer und übertreffen an schnellem Ergebnis alle Erwartungen. Pariser Blätterstimmen lassen verlauten, daß die Leistungsfähigkeit der Amerikaner allein im doppelteigen Ausbau mehrerer normalspuriger Linien daraus hervorgehe, daß 3 Zt. etwa 25 000 Eisenbahnwagen und etwa 25 000 Lokomotiven normaler Spurweite, die aus Amerika geliefert worden sind, auf französischen Bahnen laufen. Interessant ist dabei auch die Tatsache, daß alle von der Amerikaner in Frankreich gelegten Schienen sowie die Telegraphenleitungen das Zeichen „U. S. A.“ tragen. Ferner errichteten die Amerikaner in Chagnigne große Düngemittelfabriken. Sie ließen sich Monopole auf Glas, Elektrizität und anderes auf 50 Jahre verschreiben, ganze Gegenden, u. a. von Rouen bis Lyon, wurden von ihnen mit neuen Bahnen und Fabriken bebaut. Sie scheinen durchaus mit einer langen Dauer ihrer Hilfsaktion zu rechnen. Im Herbst 1917 haben sie in Chalons sur Marne die Villen ganzer Straßenzüge auf 10 Jahre gepachtet. In Nervers bauten sie Waggonfabriken und große Lagerhäuser für Summi. Im Departement Haute-Marne wurden Farmen, in Bordeaux der Hafen und 3 km Land an der Girone entlang aufgekauft. Ein neuer Hafen von 4 km Länge wurde gebaut. Einfichtige Franzosen, namentlich in der Gegend von Lyon und Orléans, machen sich begreiflicher Weise über dieses Vorgehen ihre Gedanken.

Die Durchbringung der Industrie und des Handels in Frankreich durch die Amerikaner führt der Besucher allenthalben. Wie verlautet, sollen die Munitionsfabriken von Marseille, deren Arbeiter zum größten Teile durch Amerikaner ersetzt wurden, nach Friedensschluß in Lokomotivfabriken verwandelt werden: sie werden fast ausschließlich in die Hände amerikanischer Kapitalisten übergehen. In Pau, Lyon und Bordeaux sind viele geschlossene Fabriken wieder in Betrieb gesetzt worden. Auch die für das amerikanische Expeditionsheer gebauten Eisenbahnen werden

den französischen Linien im Frieden starke Konkurrenz machen. Das Eindringen der Vereinigten Staaten in die französische Volkswirtschaft ist nicht mehr aufzuhalten. Daß aber die französischen Sympathien für die amerikanischen Freunde nicht uneingeschränkt sind, erseht man nach alledem begreiflich.

Aus der türkischen Presse.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte seinerzeit dafür plaidiert (der Ergänzungsvertrag zum Frieden von Brest-Litovsk hat hernach diesem Verlangen bekanntlich reale Bedeutung verliehen, die erst durch die späteren Ereignisse bis zu einem gewissen Grade unwirksam geworden ist, jedoch bei den bemächtigten zu erwartenden Verhandlungen über den allgemeinen Frieden rekonstruiert werden könnte), daß Batou und das angrenzende Gebiet dem russischen Einfluß unterworfen bleiben sollte.

Dagegen hat die „Ati“ (Nr. 237, v. 1. IX) in einem Aufsatz: „Batou u. der Kaukasus“ — Protest erhoben und dabei folgende Erwägungen vorgebracht: „Wir brauchen für unsere neuen Hafen Batou ein von den Russen unabhängiges Hinterland. Was aber soll werden, wie sollen wir unsere dortigen Interessen wirksam verteidigen, wenn wir die hochwettbewerbliche Republik im Rücken haben? Und bleibt nicht die bis Persien hinaufreichende Flanke des Verbundes durch die in Batou und dem nördlichen Kaukasus stehenden englischen Streitkräfte bedroht? Unterläßt Deutschland diese Gefahr? Will es diese Gefahr denn nicht bekämpfen? Wir können hier dem salbamtlischen deutschen Blatt kaum glauben, da das mit der wahren Lage der Dinge in vollkommenem Widerspruch stehen würde. Deutschland läßt sich von Rußland in Batou allerlei wirtschaftliche Vorteile zuziehen, denkt es aber auch an seine Verbündeten?“

Eine andere konstantinopler Zeitung, „Tordschuman-i Hakikat“ brachte in derselben Veranlassung und ungefähr um dieselbe Zeit einen Aufsatz aus der Feder Agha oglu Ahmeds mit zahlreichen statistischen Angaben, nach denen Verfasser strikt behauptete: „Batou gehört zu Adjerbeidshan und muß auch fernerhin zum Bestande dieses Staates gehören“, wobei folgende, auch eben noch des allg. Interesses nicht entbehrende Betrachtung über die Bedeutung Batous, als einer rein türkisch-tatarischen Stadt, jene Behauptung zu kräftigen bestimmt war:

„Sogar die Russen leugnen dies nicht. Denn die ethnographische und wirtschaftliche Einteilung, wie auch die von Rußland eingestufte Verwaltung, sehen Batou immer als zu Adjerbeidshan gehörig betrachtet. Vor der Russenzeit war Batou eine durchaus türkische Stadt unter der Herrschaft eines unabhängigen türkischen Ghans. Als die Russen dann die Stadt in Besitz nahmen, war die Einwohnerzahl, mit Ausnahme von 17 armenischen Familien, rein türkisch oder mohammedanisch. Heute noch ist das Vilajet Batou von den Vilajeten Adjerbeidshan mit 37% Türken oder Mohammedanern das Vilajet mit der meisten türkisch-mohammedanischen Bevölkerung. Seit der Entdeckung und Ausnutzung der Naphtaquellen bei Batou sind aus allen Teilen der Welt Menschen dorthin zusammengeströmt, aber dennoch besteht die überwiegende Mehrheit der Arbeiter in den Fabrik- und industriellen Betrieben aus Türken oder Mohammedanern. Und auch die Mitglieder der Stadtverwaltung, deren Zusammensetzung durch Volksabstimmung bestimmt wird, sind zu 75% Türken bzw. Mohammedaner. Die Dörfer, bei denen sich die Naphtaquellen finden, sind rein türkisch bzw. mohammedanisch. Das Kapital, das in diesen Naphtaquellen angelegt ist, ist zum großen Teil türkisches bzw. mohammedanisches Geld, wie überhaupt der Reichtum der Stadt zu 75% in türkisch-mohammedanischen Händen ist. Fiskerei und überseeischer Handel sind ebenfalls zu 75% in Händen von Türken, bzw. Mohammedanern. So ist Batou in den letzten 25—30 Jahren ein Mittelpunkt für das östliche Türkentum geworden. Eine der beiden von den Russen herausgegebenen Zeitungen ist in türkischen Händen, ebenso fast die ganze sonstige Presse Batous. Ferner flammten drei Mitglieder der neugebildeten Regierung Adjerbeidshans aus Batou, es sind diese der Minister des Äußeren Mehmed Hussein Bey, der Unterrichtsminister Ali Merdan Bey und der Ernährungsminister Agha Bey, ebenso wie der Präsident der Nationalversammlung Resulhade Bey.“ — Agha oglu Ahmed führt dann weiter aus, man müsse Adjerbeidshan gegen englische Stärke schützen und unterstützen: auch gäbe es dort noch viele, die immer noch alle Hoffnung auf die Engländer setzen und bei einem etwaigen Vordringen der Engländer sich wieder auf ihre Seite stellen würden. Wenn man hier etwa falsch vorgehen würde, könnte das ein nicht wieder gutzumachender Fehler werden.“

Nun, hernach sind Russen und Engländer gekommen und mußten — abziehen. Sie können aber wieder kommen, was aber wird dann die Türkei dazu sagen? Tempora mutantur!

Die militärische Lage in Westpersien und Mesopotamien.

Die bisherigen Ereignisse in Persien müssen im Zusammenhang mit dem Vorgehen Englands gegen Rußland nach dessen Zusammenbruch betrachtet werden. Von vorn herein hatte England die Absicht, entsprechend dem Vorgehen an der Murmanküste, durch Persien an das Kaspijsche Meer zu kommen und von Süden in das Wolgagebiet vorzudringen.

Im Frühjahr dieses Jahres hatten die Engländer in der Durchbringung Persiens, trotz des Widerstandes der persischen Regierung, ihren Einfluß bis Tabris ausgedehnt. Die Türken waren infolge dessen gezwungen, Maßnahmen zum Schutze ihrer östlichen mesopotamischen Front zu treffen. Das Vorgehen der Türken zwang die Engländer, sich zu nächst zurückzuziehen und veranlaßte sie, zum Schutze ihres neuen Einflußgebietes Persien und des Weges nach Afghanistan und Indien reguläre Truppen aus Mesopotamien nach Nordpersien vorzuschicken. Diese Truppen nahmen die Hauptverkehrsstraße Khamkin—Kirmanschah—Hamadan—Raywin in Besitz und schoben Sicherungsabteilungen nach Nordwesten bis zur Linie Mianeh—Sain Kala—Safiz von Als man sich später zu einer Verlängerung der Abwehrlinie über das Kaspijsche Meer nach Turkestan hinein entschloß wurde eine englische Infanterie-Brigade als Kopf der operierenden Truppen vorgeschoben. Sie bestohet Engländer und Krofnowobsk.

Von dieser Basis aus glaubte man sogar über das Maß der Sicherung des neuerworbenen persischen Einflußgebietes hinauszugehen und aktiv zum Schaben der Mittelmächte eingreifen zu können. Am 14. 8. wurde Batou besetzt, um die Delquellen in die Hand zu bekommen. Das Einflußgebiet wurde über das Kaspijsche Meer bis Derben und Petrowsk und auf dem Dniur bis Fort Alexandrow ausgedehnt. Für diese großen Aufgaben erwiesen sich die bisher eingestellten Kräfte als zu schwach. Batou konnte nicht gehalten werden; Mianeh, Sain Kala und Safiz mußten aufgegeben werden. Die wichtige Verbindungsstraße Kirmanschah—Hamadan—Raywin—Engeli wurde bedroht. Infolge dessen wurden neue Verstärkungen aus Mesopotamien herangezogen. Die Stärke der Truppen an der (Mesopotamien) Front hat sich aber anscheinend nicht vermindert, die Kräfte aus dem Etappengebiet herangezogen sind. Die Truppen dürften also für einen Angriff, mit dem in Zusammenhang mit den Ereignissen in Palästina zu rechnen ist, ausreichen. Anzeichen für Angriffsvorbereitungen liegen vor. Für Stärke und Ausdehnung der Angriffe wird es von Bedeutung sein, ob und wieviel Truppen mit Rücksicht auf die Bedrohung der Verbindungen nach Westpersien verschoben werden müssen, denn es ist anzunehmen, daß die Engländer ihre Unternehmungen am Kaspijschen Meer wenn irgend möglich, wieder aufnehmen werden, um die Mittelmächte zu schädigen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sie versuchen werden, Batou wieder zu nehmen und von Petrowsk aus in Färlung mit der russischen (freiwiligen) Armee zu treten. Da ihnen aber zweifellos auch weiteren Fortschritten in Mesopotamien gelegen ist, dür in nächster Zeit mit einer Verstärkung der Truppen in Mesopotamien und Persien zu rechnen sein. Hier kommen Truppen aus Indien, vielleicht auch aus Palästina in Frage.

Herausgeber: Das 3.-R. des Handelsk. deutschen Verbands
Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee

Praktischer Arzt A. von Loewenstein.

Spezialität für Röntgenstrahlen und Electrotherapie
Innere, Frauen-, chirurgische und Nervenkrankheiten
Empfang von 4—8 ausser Sonntage.
Krylowskaja № 5. Wohnung № 3.
Fernsprecher № 12—46.

Nach gründlicher Remonte ist das Café „International“

Golowinskiy Prosop. 10.
von neuem eröffnet. Mittagessen, Abendbrot, Früh- und Nachtisch. Verschiedene Getränke: Wein usw.
Täglich Musik von 7—11 Uhr abends.